

# Mitteilungsblatt der evangelisch=lutherischen Kirche Mecklenburgs

Jahrgang 2

Schwerin, den 8. Juli 1937

Nummer 4

Sondernummer: Die ökumenische Bewegung.

## Weltkirchenkonferenz in Orford.

Am 12. Juli d. J. wird in Orford die Weltkirchenkonferenz für praktisches Christentum eröffnet, die einen Markstein darstellt auf dem Wege der ökumenischen Bewegung für praktisches Christentum. Diese Bewegung, die in den Stürmen und Erschütterungen der Nachkriegszeit ins Leben trat und vor allem mit dem Namen Söderblom von Upsala verbunden ist, ist seither zu einer mehr oder weniger feststehenden Einrichtung geworden. Die Orforder Konferenz erhält ihr besonderes Gepräge dadurch, daß die entscheidende protestantische Kirche, die deutsche Kirche Martin Luthers, an ihr nicht teilnimmt. Diese Tatsache ist von symptomatischer Bedeutung, einer Bedeutung, die man nicht ermißt, wenn man sie vom politischen bzw. kirchenpolitischen her zu begreifen versucht. Mögen auch politische Erwägungen und die Rücksichtnahme auf den Lebenskampf des deutschen Volkes mitgespielt haben, als man sich entschloß, sich nicht mit jenen an einen Tisch zu setzen, die bisher so wenig Verständnis für die Volkwerdung Deutschlands aufbrachten, so war doch das Fernbleiben der Deutschen von Orford unbewußt oder bewußt bestimmt vom rein Religiösen her, von einer neuen positiv christlichen Erkenntnis des Wesens der Kirche selbst. Die Deutsche Evangelische Kirche hat in ihren entscheidenden Männern und in ihren ausschlaggebenden Bewegungskräften erkannt, daß sie aus dem ihr immanenten Gesetz heraus weder berechtigt noch berufen, noch in der Lage ist, mit den Vertretern der Kirchen anderer Länder und Völker als „Kirche“ zu tagen und mit ihnen gemeinsame Richtlinien und Erklärungen über das für Orford ausgegebene Thema „Kirche, Volk und Staat“ zu erarbeiten. Durch viel Not und Kampf hindurch ist die Deutsche Evangelische Kirche wieder zu der Erkenntnis durchgestoßen, die ihr in der Systemzeit verlorengegangen war, daß sie nämlich ihr Wesen als evangelisch=lutherische Kirche verraten würde, wenn sie als organisierte Reichskirche kraft eigenen Rechtes, in eigener Gestaltungsform, nach eigenem Gesetz einen besonders sichtbar in die Erscheinung tretenden Kirchenkörper bilden würde. Sie weiß wieder, was Luther wußte, als er der Obrigkeit die Kirchenhoheit übertrug, daß ein Kirchenwesen nur dort den Anspruch darauf erheben kann, christlich zu sein, wo es nach des Heilands Wort zu wirken versucht: Mein Reich ist nicht von dieser Welt.

Die Deutsche Evangelische Kirche will wieder werden, was sie einst in anderen Zeitläuften und unter anderen Formen war, ein Stück Deutschland, ein Stück

deutscher Seele, die heilandsgemäß in positiv christlicher Frömmigkeit ihrem Gott begegnen möchte. Sie weiß, daß sie hineingehört als ein lebendiger und lebenspendender Teil in den geistlichen Organismus des deutschen Volkes, daß sie nur hier ihren Platz hat, aber niemals in der Lage ist, außerhalb seiner zu richten, zu reden und zu handeln.

Es wäre deshalb ein Irrtum, zu meinen, es könne noch einmal wieder die Zeit kommen, wo die Deutsche Evangelische Kirche den Weg in die Ökumene fände, nämlich dann, wenn sie nach Beendigung des Kirchenstreites wieder zu einer Gesamtkirche zusammengewachsen sei. Ganz gewiß, der Kampf geht um ein religiöses Einswerden, aber nicht um das religiöse Einswerden in einer Kirche, die, wie ein führender Kirchenmann das unlängst ausgedrückt hat, „mit dem Reich im Frieden und in vorwärtsdrängendem Gestaltungswillen lebt“. Das bedeutete ja nichts anderes, als das Wiederaufleben der alten, oder einer neuen konfessionsfähigen Machtkirche und damit einer neuen Preisgabe des christlichen und lutherischen Erbes. Die deutschchristliche Gläubigkeit, denn um nichts anderes handelt es sich, wenn wir das reichlich abgegriffene Wort „D. E. K.“ überhaupt noch benutzen, weiß, daß sie sich selbst aufgeben würde, wenn sie in die, gottlob, überwundene Art der alten, vom Weimarer System beeinflussten Konfessionskirchen einmündete, die in ihrem Existenzkampf seit dem Sommer 1933 durch ihre erschreckende Lieblosigkeit und Selbstgerechtigkeit den jüdischen Charakter des von ihnen vertretenen Bekenntnischristentums unter Beweis stellte.

Ganz gewiß, auch die Deutschen Christen interessiert das Schicksal des Christentums in aller Welt, aber nur insoweit, als es in innerster Verbindung mit anderem Volkstum in diesem Volkstum edle, das Beste in der anderen Volkseele freimachende Kräfte entbindet. Wenn darüber Erfahrungen von Volk zu Volk ausgetauscht werden sollen, wird sicherlich auch das positive deutsche Christentum sein Wort zur Sache sagen. Es ist ihm aber ein unvollziehbarer Gedanke, daß das geschehen könnte in der Form einer Weltkirchenkonferenz, die für den wissenden Deutschen immer belastet ist mit Vorstellungen aus dem vorderasiatischen Raum, mit Anklängen an Weltjudentum, Weltfreimaurerei, romkirchlichem Machtdenken und ähnlichem. Das deutsche Christentum weiß, daß die Weltkirchenkonferenz, mag sie nun in Oxford oder sonstwo abgehalten werden, nicht unser Verständnis von Volk, Staat und Frömmigkeit hat und daher auch die Frage des Glaubens und die Frage nach der Einstellung des deutschen Menschen zu Kirche, Volk und Staat niemals so zu verstehen vermag, wie es dem Sittlichkeits- und Moralgefühl unserer Rasse entspricht.

## Oxford ? Deutschland !

„Nachdem die kirchlichen Stellen sich dahin einig geworden sind, daß von einer Teilnahme an den ökumenischen Konferenzen in Oxford (Juli) und in Edinburgh (August) Abstand zu nehmen ist, hat die Deutsche Evangelische Kirche die leitenden Stellen beider Weltkirchenkonferenzen davon unterrichtet, daß eine amtliche Delegation der Deutschen Evangelischen Kirche mit Rücksicht auf die innerkirchlichen Verhältnisse nach Oxford und Edinburgh nicht entsandt werden wird. Da die Weltkirchenkonferenzen ihrer Struktur nach darauf be-

ruhen, daß nicht einzelne Persönlichkeiten, sondern amtliche Vertretungen der Kirchen zusammentreten, ergibt sich aus diesem Grundprinzip, daß auch die Teilnahme einzelner Persönlichkeiten aus dem Bereich der Deutschen Evangelischen Kirche an einer der Weltkirchenkonferenzen unangebracht ist, da die Kirche als solche nicht vertreten sein wird. Dagegen nehmen die deutschen evangelischen Freikirchen, vertreten durch die Bischöfliche Methodistengemeinschaft in Deutschland (Bischof Dr. Melle, Berlin-Lichterfelde-West) und die deutsche Altkatholische Kirche (Professor Dr. Rudolf Keussen, Bonn), an der Konferenz in Oxford bzw. durch andere Vertreter an der Konferenz in Edinburgh teil. Die russisch-orthodoxe Diözese in Deutschland wird voraussichtlich durch einen übergeordneten Patriarchen vertreten sein.“

Meldung des Deutschen Nachrichten-Büros.

## I. Die Ökumene konstituiert sich.

1. Im Laufe des 1. August 1914 überschritten russische Truppen die deutsche Grenze. Am Abend wurde der Krieg gegen Rußland erklärt. Zur gleichen Zeit trafen sich in Konstanz die Vertreter von mehr als dreißig christlichen Kirchen und begründeten mit ausdrücklicher kaiserlicher Genehmigung den Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen. Im Arbeitsprogramm des Bundes heißt es: „Da die Versöhnungs- und Freundschaftsarbeit eine wesentliche christliche Aufgabe ist, ist es geboten, daß die Kirchen in allen Ländern ihren Einfluß auf die Völker, Volksvertretungen und Regierungen benutzen, um gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen herzustellen, so daß sie auf dem Wege friedlicher Durchdringung den Zustand allgemeinen gegenseitigen Vertrauens erreichen, den zu erstreben das Christentum die Menschheit gelehrt hat.“ Man beschloß, bei der Durchführung dieses Programms im Einvernehmen mit einander zu handeln und in jedem Lande „Vereinigungen einer Kirche für sich oder verschiedener Kirchen gemeinsam zu bilden, deren Aufgabe es sein würde, die Kirchen als solche zu gemeinsamen Bemühungen für die Förderung internationaler Freundschaft und die Vermeidung von Kriegen zu gewinnen“.

Im September 1919 kam der Weltbund in Dordrecht in Holland zu einer internationalen Tagung zusammen, auf der der Erzbischof von Upsala, Nathan Söderblom, die Einberufung einer Ökumenischen Konferenz anregte, die zur gemeinsamen theoretischen und praktischen Arbeit „an der christlichen internationalen Brüderlichkeit und organisierten Einheit der Völker“ führen, die „christlichen Grundsätze für die soziale Erneuerung der Gesellschaft und ihre Verwirklichung“ durchdenken und der „Schaffung einer gemeinsamen christlichen Stimme des christlichen Gewissens: ‚Ich trete für ein Ökumenisches Konzil ein, das eine geistliche Vertretung der Christenheit darstellen soll‘, dienen sollte.

Auf der vorbereitenden Zusammenkunft in Genf im August 1920 — es fanden sich 99 Abgesandte aus aller Welt ein, der orthodoxe Erzbischof Germanos nahm als Gast teil — wurde ein Internationales Komitee gebildet, dem die Vorarbeiten für die geplante Ökumenische Konferenz übertragen wurden. Das Komitee umfaßte zunächst drei Sektionen: die amerikanische, die großbritannische (unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury) und die kontinentale (unter dem Vorsitz des Erzbischofs Söderblom; Vizepräsident war der

Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Moeller, später D. Kapler). Zwei weitere Sektionen wurden nachträglich gebildet, die der orthodoxen Kirche als vierte, und als fünfte die der in den anderen nicht erfakten amerikanischen, afrikanischen und asiatischen Denominationen. Das Internationale (vorbereitende) Komitee traf sich in den folgenden Jahren in Peterborough, Hälisingborg, Zürich, Amsterdam und Birmingham. Am 19. August 1925 wurde die Weltkonferenz für praktisches Christentum in Stockholm unter dem Vorsitz Soederbloms und in Anwesenheit von 661 Delegierten, unter denen sich eine offizielle deutsche Delegation befand eröffnet.

Sechs Hauptthemen standen in Stockholm zur Verhandlung. 1. Die Verpflichtung der Kirche gegenüber Gottes Weltplan; 2. Die Kirche und die wirtschaftlichen und industriellen Fragen; 3. Die Kirche und die sozialen und sittlichen Fragen; 4. Die Kirche und die Beziehungen der Völker zu einander; 5. Die Kirche und die christliche Erziehung; 6. Methoden der praktischen und organisatorischen Zusammenarbeit der Kirchengemeinschaften.

Die für den 12. bis 26. Juli 1937 nach Orford einberufene Ökumenische Konferenz, die unter der Leitung des Erzbischofs von Canterbury steht, setzt die in Stockholm begonnene Arbeit fort. Ihr Generalthema heißt: Kirche, Volk und Staat. Neun Unterthemen sind vorgesehen: 1. Das christliche Menschenverständnis; 2. Das Wesen christlicher Geschichtsauffassung; 3. Das Problem des Naturrechts und der Ordnungen; 4. Die Kirche, ihr Zeugnis und ihr Handeln; 5. Das Volk (Kirche und Volk); 6. Der Staat; 7. Die Jugenderziehung im Verhältnis zu Kirche, Volk und Staat; 8. Kirche, Staat und Wirtschaft (Arbeits- und Berufsproblem, Eigentumsproblem); 9. Das Verhältnis der ökumenischen Kirche zu den internationalen Fragen, die christliche Haltung zum Kriegs- und Friedensproblem, die Frage des Militärdienstes.

2. Neben dieser den praktischen (ethischen) Fragen gewidmeten ökumenischen Konferenz läuft eine zweite einher, die die Fragen der Lehre und Verfassung behandelt (World Conference on Faith and Order). Sie wurde 1910 auf der Bischofskonferenz der Protestant Episcopal Church of America von Bischof Brent angeregt und trat nach einer vorbereitenden Konferenz in Genf im Jahre 1920 als Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung vom 3. bis 21. August 1927 in Lausanne zusammen. Eine offizielle deutsche Delegation war nicht in Lausanne. Die acht Lausanner Themen von 1927 waren diese: 1. Der Ruf zur Einheit; 2. Die Botschaft der Kirche an die Welt: das Evangelium; 3. Das Wesen der Kirche; 4. Das gemeinsame Glaubensbekenntnis der Kirche; 5. Das Amt der Kirche; 6. Die Sakramente; 7. Die Einheit der Christenheit und die Beziehungen der bestehenden Kirchen zu ihr; 8. Anordnungen für die Fortsetzung des Konferenzwerkes.

Die Lausanner Arbeit wird vom 3. bis 18. August 1937 in Edinburgh weitergeführt. Vier Themen sind angesetzt: 1. Die Gnade Christi; 2. Die Kirche und das Wort Gottes; 3. Die Kirche Christi — ihr geistliches Amt und ihre Sakramente; 4. Die Einheit der Kirche in Leben und Gottesdienst.

## II. Die Ökumene läßt der Welt ihren Lauf.

1. Stockholm erregte die Weltöffentlichkeit mächtig. Welch ein verlockender Gedanke, die Erde, die die Kriegsnöte überdauert hatte, von nun ab nach evangelischer Weisung zu lenken, aus der Glaubenseinheit zum einmütigen,

glaubensgebundenen Handeln fortzuschreiten, gründlich den verkehrten Sinn zu ändern und alles zum Besten zu kehren. In den Jahren 1924 bis 1929 kamen die Vereinigten Staaten in eine Zeit ungeahnter wirtschaftlicher Blüte. Die amerikanischen Kredite flossen in die leeren Schatzkammern der Alten Welt und wurden auch in Deutschland eifrig begehrt und dahin abgeleitet. Um diese Zeit gestatteten sich die Menschen überall jenen primitiven Optimismus, der sich dann einzustellen pflegt, wenn man um ein Haar einer allgemeinen Katastrophe glücklich entronnen zu sein glaubt und sich schon des nackten Daseins freut.

Die moderne ökumenische Idee lief offenbar der Völkerbundsidee parallel. Auf beiden Wegen kam es darauf an, den ewigen Frieden herbeizuführen und zu sichern und eine Form der Weltregierung zu finden, die die Menschheit vor sozialen Erschütterungen bewahrt und sie in den Stand setzt, in brüderlicher Verbundenheit miteinander zu leben. Die ökumenische Idee ist die theologische Erscheinungsform derjenigen philosophischen Überlegungen und Forderungen, die zur Völkerbundsidee geführt haben. Möchten die Theologen auch, im Gegensatz zu den Philosophen, in den Menschen schlechthin kein allzu großes Vertrauen setzen, so glaubten sie doch, die Christenmenschen in aller Welt mit Erfolg zur Nachfolge des allen gesandten Heilands aufzurufen zu können.

In Deutschland war die ökumenische Idee um 1925 nichts weniger als populär. Nur einzelne Männer setzten sich voll und ganz für sie ein. So Adolf Deißmann, der auch den amtlichen Bericht über Stockholm besorgte, und Friedrich Siegmund-Schulze, Mitbegründer des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen. Die zahlreichen Aufsätze und Notizen aus dieser Zeit, die die ökumenische Idee zum Vorwurf haben, stehen im umgekehrten Verhältnis zu der öffentlichen Wertschätzung und den positiven Erwartungen, die in Deutschland mit Stockholm verbunden wurden.

Wenn Deutschland den an die ökumenische Arbeit andernorts geknüpften Fortschrittsoptimismus nicht teilte, so lag das nicht daran, daß wir damals tiefere Einsichten in die künftige Weltentwicklung gehabt hätten als die englischen und amerikanischen Christen. Wir standen 1925 noch weithin im Banne der Völkerbundsidee. Die deutschen Kirchen übersahen Stockholm mehr, als daß sie es ablehnten. Weltoffenere Geist war ihnen seit langem fremd; die aktuellen Nöte erkannten sie immer erst dann, wenn sie dabei waren, ihnen über den Kopf zu wachsen. Die Stellung, die die deutschen Kirchen um die Jahrhundertwende zur dringlich werdenden Arbeiterfrage einnahmen, wie auch die Art und Weise, wie sie den Angriff einer ihrer naturwissenschaftlichen Entdeckungen frohen Zeit auf das Lehrgebäude der Kirche begegneten, beweisen dies klarlich. Die deutschen System-Zeitungen aber hatten an Stockholm ihr Wohlgefallen, weil es hier über eine große internationale Veranstaltung, nicht so sehr über eine christliche zu berichten galt. Die von Adolf Deißmann oft gerügte Gleichgültigkeit gegen den ökumenischen Gedanken gereicht uns daher nicht zur Ehre. Erst nach 1933 sollten wir erfahren, welche Kräfte und Mächte wir 1925 übersehen hatten.

2. Stockholms sechs Themen behandelten, wie es einer Weltkonferenz für Praktisches Christentum zukommt, aktuelle Probleme, wenn man vom ersten Thema „Die Verpflichtungen der Kirche gegenüber Gottes Weltplan“ absieht. Aber ein anderer Beschluß als der, die Arbeit in einem gewählten Ausschuß fortzusetzen, wurde nicht gefaßt. Unangenehm fiel auf, und nicht nur im Westen,

auch in Deutschland, daß der Führer der deutschen Delegation, D. Kapler, zum Thema „Die Kirche und die Beziehungen der Völker zueinander“ die vorgeschlagenen Formulierungen zur Friedensfrage als unzureichend ablehnte und Generalsuperintendent D. Klingemann eine Erklärung des Inhalts abgab, der Versailler Vertrag mache es ihm unmöglich, an den wahren Frieden zu glauben. D. Kapler forderte am Schluß der Konferenz den Fortsetzungsausschuß schriftlich auf, sich mit der Kriegsschuldfrage an Hand des Versailler Vertrags zu befassen. Im Jahre 1926 antwortete der Fortsetzungsausschuß, die Kriegsschuldfrage habe ausschließlich politischen Charakter, die Weltkonferenz könne sich darum mit ihr nicht beschäftigen; die deutschen Delegierten aber werde man, ungeachtet des Artikels 231 des Versailler Vertrags, als gleichberechtigt ansehen.

3. In Lausanne, wo Deutschland offiziell nicht vertreten war, konnten ebensowenig wie in Stockholm Beschlüsse gefaßt werden. Die verhandelten Gegenstände gehörten, was wir nach vier Jahren deutschen Kirchenstreites wohl beurteilen können, zu den delikatesten der kirchlichen Theologie. Soederblom berichtet: „Was die Glaubenslehre betrifft, so wurde die Heilige Schrift als Grundlage anerkannt und das Nicänische Symbol (auch das Apostolikum) als für die Lehrentwicklung normativ anerkannt. Bei den vielfach von einem starken Willen zum gegenseitigen Verstehen getragenen Vorträgen und Verhandlungen traten allmählich zwei Hauptrichtungen hervor, von denen die eine für die zweite Hälfte der Aufgabe der Konferenz, die Kirchenverfassung, das Hauptinteresse hatte, um womöglich die verschiedenen Konfessionen und Kirchen in einem durch das sogenannte historische Episkopat charakterisierten Gebäude der äußeren Kirche zu sammeln, während die andere, zahlreichere Gruppe mehr Gewicht auf die Glaubenslehre und die Fortentwicklung der Kirche in der Wahrheit unter der Leitung des Heiligen Geistes gelegt hat.“

Welche praktischen Ergebnisse hatten nun die beiden großen Ökumenischen Konferenzen in Stockholm und Lausanne? Eine große Anzahl von Männern aller christlichen Kirchen der Welt mit Ausnahme der römischen Kirche lernten sich kennen und in Geduld anhören. („Worüber im einzelnen gesprochen worden ist, interessiert heute nicht mehr. Daß man sich kennen lernte, daß zum ersten Male so etwas wie ein Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung aller Kirchen der Welt aufkeimte — das war das Bedeutsame“ — schrieb Otto Dibelius im November 1936 in der Jungen Kirche). Weder die Beratung der praktischen noch der theoretischen Fragen führte zu mehr als vorläufigen Resultaten, was in der Konstituierung von Fortsetzungsausschüssen zum Ausdruck kam. Es hatte bis zum Jahre 1933 den Anschein, als sei die Ökumene eine akademische Forschungsgemeinschaft.

### III. Die Ökumene greift ein.

1. Im Jahre 1933 erlebte die Welt in der deutschen Revolution die Abwendung unseres Volkes von den demokratisch-bürgerlichen Idealen und Werten. Man glaubte außerhalb Deutschlands, wir seien in die Barbarei zurückgeschleudert worden. Als Sollheit und als Schändung aller Humanität galt die ausnehmende Betonung der Rasse, des arischen Menschen, gegenüber dem Juden, der, mochte er gleich getauft sein und welche soziale Stellung auch

immer einnehmen, aus der Gemeinschaft des Volkes ausgewiesen wurde. Die Welt erlebte weiter den Übergang Deutschlands aus dem politischen Zustand des bloßen, leidenden Daseins und Geduldetseins in den überraschender Wachheit und zielklarer Aktivität. Vor ihren Augen wurde der ihr sehr unsympathische Parteiführer Adolf Hitler zum Staatsmann. Wie steht es mit dem im Jahre 1933 vorausberechneten, greifbar nahen Zusammenbruch des Nazi-Regimes? Warum trat die deutsche Währungs katastrophe, die nach dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung nur eine Frage der allernächsten Zeit sein konnte, nicht ein? Wo blieb der Wirtschaftstod? Wo blieb der Vertrag von Versailles?

Der neue deutsche Staat war nicht die Belohnung der Welt dafür, daß Deutschland etwa die allein im internationalen Verstande für schicklich angesehenen Spielregeln treulich beachtet hätte; er entstand im Gegensatz zum Weltwillen. Die Annahme, die Völker der Welt bildeten eine große Familie, deren Eintracht vornehmlich durch einen mißratenen Sohn, Deutschland, gestört werde, ließ sich nicht länger aufrechterhalten, als Deutschland aus dem Verband der fiktiven Weltvölkerfamilie ausschied und sich seines eigenen völkischen Charakters bewußt wurde.

2. So fiel im Jahre 1933 und in dessen Folge die Grundlage für jede nicht wirklichkeitsgebundene, und das heißt von nun ab: völksgewundene Existenz dahin. Damit verloren auch die im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen achtundzwanzig Landeskirchen ihre alte Basis. Die Evangelische Kirche war seit 1918 eine Religionsgesellschaft gewesen, eine Institution zur Pflege bestimmter religiöser Gedanken, toleriert, gesellschaftsfähig, aber etwas unmodern. Jetzt mußte sie Kirche werden, Kirche des deutschen Volkes, Kirche in der völkischen Wirklichkeit, in der konkreten Verantwortung, im Gehorsam vor dem aktuellen Willen Gottes, oder sie hob sich in der Immanenz selber auf.

Tatsächlich brach die Evangelische Kirche auseinander. Die Begründer und Verteidiger der neuen Orthodorie machten den Versuch, die Kirche aus der verpflichtenden Bindung an die gegenwärtige Stunde zu lösen und sie in ein Jenseits von völkischer Aufgabe hinüberzuleiten. Sie fanden damit den Anschluß an den Geist der Ökumene, den übervölkischen, den weltbürgerlichen und nolens volens den jetzt klar antideutschen Geist. Wenn es in der Theologischen Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche, wie sie die Bekenntnissynode zu Barmen im Mai 1934 abfaßte, heißt: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes (Jesus Christus, wie er in der Heiligen Schrift bezeugt wird) auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen“, und weiter: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen“, so wird die Kirche in diesen Sätzen geschichtslos gemacht, entaktualisiert, allen immanenten Bezugssystemen enthoben und damit auch in ein Jenseits zum Volk gesetzt. Die gleiche Tendenz spricht sich in der Rückbeziehung auf die Symbolischen Bücher aus, die nicht mehr im Zuge dogmengeschichtlicher Entwicklung, sondern als unveränderliche Grundakte evangelischer Kirche zu aller und jeder Zeit angesehen werden. Die neuorthodoxe Lehre von der Offenbarung,

von der Kirche und vom Menschen, wurde als die allein und ausschließlich dem Evangelium wesensgemäße bezeichnet. Damit aber kam das Evangelium in die Gefahr, durch die Kirche selbst für unser Volk verloren zu gehen.

3. Die Ökumene hat zu dem Zerfall der Evangelischen Kirche in Deutschland nicht geschwiegen. Im Januar 1934 schrieb der Präsident des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum, der Lordbischof von Chichester, unter Zustimmung des Verwaltungsausschusses des Ökumenischen Rates dem Reichsbischof einen offenen Brief. Die Anwendung des Arierparagraphe auf kirchliche Amtsträger und das Verbot des Einspruchs und der fortgesetzten Kritik gegenüber den Maßnahmen des Reichsbischofs gaben dem Lordbischof den Anlaß zu seinem Schreiben. „Ich kann jedoch“ — so steht in dem Brief zu lesen — „nicht den schweren Kummer und das tiefe Bedauern verhehlen, mit dem ich und die Mitglieder der christlichen Kirchen im Ausland die neuesten Entwicklungen verfolgt haben.“ „Verzeihen Sie, Herr Reichsbischof, wenn ich meinem Empfinden einen zu starken Ausdruck gebe, aber mein Mitempfinden ist aufs Stärkste erregt und ich würde Sie täuschen und meine Pflicht als Präsident des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum verletzen, wenn ich Ihnen nicht erklärte, daß eine solche Aktion und eine solche Politik allgemeinste Bestürzung hervorrufen und, wenn es dabei bleiben sollte, den stärksten Einspruch der christlichen Kirche im Ausland herausfordern muß . . .“ Zwei Monate später konnte die „Times“ einen Brief des Lordbischofs veröffentlichen, in dem es zur Klärung möglicher Mißverständnisse heißt: „Der Protest in meinem Brief an den Reichsbischof, vom Verwaltungsrat des Ökumenischen Rates gutgeheißen, ist nicht inzwischen etwa gemildert worden . . .“ Zu Himmelfahrt 1934 richtete der Lordbischof sodann eine Botschaft an die Vertreter der Kirchen des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum, die Deutsche Evangelische Kirche betreffend. „Die Lage gibt ohne Zweifel Anlaß zu großer Besorgnis“, sagt die Botschaft. „Um sie recht einzuschätzen, müssen wir in Betracht ziehen, daß eine Revolution im deutschen Staat stattgefunden hat, und daß die Deutsche Evangelische Kirche als notwendige Folge vor neue Aufgaben und viele neue Fragen gestellt ist, die Zeit für ihre Lösung fordern. Jedenfalls wird aber die gegenwärtige Lage von den Mitgliedern der auswärtigen Kirchen nicht nur mit großer Anteilnahme, sondern mit immer stärkerer Beunruhigung verfolgt.“ Schließlich erklärte der vom 24. bis 30. August 1934 in Fanö in Dänemark versammelte Ökumenische Rat für Praktisches Christentum als „oberste Vertretung der christlichen Kirchen der Welt“ (mit Ausnahme der römisch-katholischen): „Die Vertreter der Kirchen in vielen Ländern haben ihrer schweren Besorgnis Ausdruck gegeben, daß entscheidende Grundsätze der christlichen Freiheit im Leben der Deutschen Evangelischen Kirche gegenwärtig gefährdet oder in Frage gestellt seien.“ Im Anschluß an die Tagung schrieb D. Adolf Keller, der Direktor des ökumenischen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts in Genf, der deutsche Kirchenkonflikt erscheine im Rahmen einer allgemeinen Arbeitsaufgabe des Ökumenischen Rates „tatsächlich wie eine Illustration, ein Schulbeispiel oder — mit einem weiteren Ausblick — als eine Art stellvertretenden Leidens, das der deutsche Protestantismus für die ganze Welt vorausnimmt und trägt. Der Ökumenische Rat hat allen Anlaß, sich mit diesem Thema zu befassen . . .“

4. Niemand wird bestreiten, daß die Ökumene seit 1933 den Versuch unternimmt, auf die kirchlichen Verhältnisse in Deutschland Einfluß zu gewinnen. Damit ist aber unabtrennbar der Versuch verbunden, auf die politischen Verhältnisse in Deutschland einzuwirken.



Der totale Staat weiß sich dem Volk und nicht der Kirche verantwortlich. Er ist der Vollstrecker völkischen, nicht kirchlichen Willens. Dabei ist er aber nicht etwa areligiöser oder antireligiöser Staat, sondern, wenn man das Wort recht verstehen will, durchaus Gottesstaat, Gottesstaat im Gegensatz zum Kirchenstaat. Die Daseinswürdigkeit des Staates hängt also nicht vom Votum der Kirche ab, sondern die Daseinswürdigkeit der Kirche wird vom Staat bestimmt. Anders gesagt: Gott wird die Kirche durch den Staat richten, ja selbst aufheben, wenn sie sich dem im staatlichen Willen konkretisierten Willen Gottes entgegenstellt. Wilhelm Brachmann, dessen Untersuchung „Der Weltprotestantismus in der Entscheidung, Ein theologisches Gespräch mit dem ökumenischen Christentum über seine weltanschaulichen Grundlagen“, Berlin 1937, dem vielbeachteten Artikel von Matthes Ziegler „Zur Weltkirchenkonferenz in Orford, Juli 1937“, veröffentlicht in den Nationalsozialistischen Monatsheften, Heft 87 des 8. Jahrgangs, Juni 1937, das Material geliefert hat, sagt: „Theologisch betrachtet stehen also die Kirchen vor der Frage, was denn Gott heute will, nicht aber vor der Frage, wie sie ihre Kräfte besser zusammenfassen können, um Deutschland, das sie — die Kirchen — anderthalb Jahrzehnte lang im Stich gelassen haben, entgegenzutreten. Das nationalsozialistische Deutschland ist eine unerledigte Frage an die Christliche Theologie.“ Und an anderer Stelle: „Zu allen Zeiten ist bisher das Luthertum den Weg seiner Völker mitgegangen. Es ist an der Zeit, daß es die Gefahr orthodoxer Versteifung bannet, daß es Ernst macht mit der uralten Erkenntnis: deutsche religiöse Fragen können nicht von einer ganz anders gearteten internationalen Welt gelöst werden, auch nicht auf Weltkirchenkonferenzen, daß es schließlich sich auf seinen protestantischen Auftrag besinnt, zu gegebener Zeit über sich selbst hinauszuwachsen. Sonst könnte es geschehen — und vielleicht geschieht es schon —, daß außerkirchliche Kräfte den protestantischen Auftrag des deutschen Volkes vollenden. Gott der Herr geht auch heute seinen Weg durch die Geschichte mit der Geschichte.“

#### IV. Was bleibt uns zu tun?

Die Konferenzen in Orford und Edinburgh fallen für uns aus der Zeit, die uns ihre Aufgaben stellt, heraus. Zwar wird man unsere Sache und nur unsere Sache verhandeln, aber man wird uns verurteilen, weil man allenfalls von Deutschland Notiz genommen hat, den Fall Deutschland registriert hat, besorgt um die Zukunft der erschütterten, vergehenden Welt der prästabilierten gesellschaftlichen Harmonie, der internationalen Gerechtigkeit, des allgemeinen Übereinkommens auf der mittleren Linie. Und so wird man unsere Sache nur als die der anderen entgegenstehende, als die wider-ökumenische Sache betrachten.

Wir hingegen, die wir nicht Zuschauer deutscher Gegenwart, sondern zu unserem Teil selber dies Volk, Träger dieses Staates sind, nicht die „Unbeteiligten“, die „Unschuldigen“, auch nicht die „Abwartenden“, wir haben, ehe wir an die besonderen Aufgaben gehen, die uns als Christen, Pastoren, Theologen gestellt sind, vor diesem unserem Volk und vor Adolf Hitler als dem

Führer dieses Volkes in aller vorbehaltlosen Eindeutigkeit zu erklären, daß unser Herz Deutschland gehört, daß Deutschlands Nöte unsere Nöte sind, daß Deutschlands weltgeschichtliche Aufgabe die unsere ist und daß uns keine Macht je losreißen soll aus dem Boden unseres Volkstums, ohne den wir verdorren müßten. Auch unsere besondere Arbeit geschieht nicht voraussetzungslos. Eben dies aber ist die Voraussetzung: daß wir uns bewußt sind, von Gott in der Gemeinschaft unseres Volkes zum Dienst an unserem Volke gerufen zu sein.

---

Herausgegeben vom Oberkirchenrat, Schwerin (Meckl)

Ⓢ Satz und Druck: W. Sandmeyer, Schwerin (Meckl), Königstraße 25/27